

„Suchet der Stadt Bestes“

Von der Verantwortung des Unternehmers für Kultur und Gesellschaft

Rainer Brüderle, Festrede anlässlich der Verleihung der Luther-Rose für gesellschaftliche Verantwortung und Unternehmercourage am 12.11.2012 in Leipzig

Es gilt das gesprochene Wort!

Anrede,

Sie treffen sich für Ihre Luther-Konferenz in Leipzig.

Das ist eine gute Wahl.

Leipzig ist eine schöne Stadt.

Leipzig ist eine Stadt mit Tradition.

Eben durften wir gerade den Thomanerchor erleben: 800 Jahre Gesangstradition auf höchstem Niveau.

Bei der Vorbereitung habe ich gelesen: Gründer der Thomaner war Dietrich der Bedrängte.

Einem FDP-Politiker kommt bei diesem Beinamen die Situation des eigenen Vereins in den Sinn.

Aber dieses abendfüllende Thema erspare ich Ihnen.

Nur so viel: Es gibt nur drei Institutionen, die positive Erfahrungen mit der Auferstehung haben: Die beiden christlichen Kirchen und die FDP.

Leipzig ist eine Stadt der Freiheit.

Vor etwas mehr als 20 Jahren ertönten die Rufe der Leipziger nach Freiheit so laut, dass bald die Mauer der Unfreiheit fiel.

Ihren Ausgang nahm die Leipziger Freiheitsbewegung in den Kirchen, den protestantischen Kirchen.

Zu DDR-Zeiten waren die Kirchen fast die letzten Inseln der Freiheit.

Den Montagsdemonstrationen gingen die Montagsgebete und Andachten voraus.

Luther hätte sicher seine Freude an seinen mutigen Nachfolgern gehabt.

Sie standen hier und konnten nicht anders.

Und wie er selbst haben sie die Welt verändert.

Sie haben ihr mehr Freiheit gebracht.

Ich selbst stamme aus einer calvinistischen Familie.

Das sieht man mir vielleicht nicht gleich an.

Ich formuliere es einmal so: Wenn Calvinismus auf pfälzer Lebensfreude trifft, kommt Rainer Brüderle dabei heraus.

Diese Mischung macht es auch, dass mir Luther von seinem lebensbejahenden Ansatz her sehr nah ist.

Luther wollte keine mönchische Askese.

Er war den weltlichen Dingen zugetan.

Er mochte es zünftig.

Seine Tischreden geben bis heute Zeugnis davon.

Aber er hatte ein starkes Fundament: Seinen Glauben, seine Überzeugungen.

Und er sah wie kein zweiter die Missstände seiner Epoche.

Dabei hat er „dem Volk aufs Maul geschaut.“

Wohlgemerkt: Er hat dem Volk nicht nach dem Mund geredet.

Luther wollte Dolmetscher sein für das Wort Gottes.

Er predigte auf Deutsch.

Er übersetzte die Bibel.

Er nahm auch vor den Mächtigen kein Blatt vor den Mund.

Aufs Maul schauen, aber nicht nach dem Mund reden: Das ist eine Eigenschaft, die in der heutigen politischen Debatte manchmal zu kurz kommt.

Sie kommt aus zwei Richtungen zu kurz.

Sie kommt zu kurz, wenn Politiker nur noch nach Schlagzeilenlage entscheiden.

Sie kommt aber auch zu kurz, wenn Politiker sich eine Funktionärs- oder Technokraten Sprache zu eigen machen.

Nehmen Sie das wichtige Thema Bankenunion, also europäische Regeln für alle Kreditinstitute.

Bei diesem Stichwort ist wahrscheinlich schon der halbe Saal geistig ausgestiegen.

Wenn ich dann noch sage, die Einlagensicherungssysteme müssen europäisch harmonisiert werden.

Wir müssen aber die Anreize wettbewerbskompatibel ausgestalten.

Dann verstehen das noch Herr Dr. Langenfeld und andere Experten.

Wir müssen aber breite Teile der Bevölkerung erreichen.

Deshalb formuliere ich in Debatten um die Bankenunion: Die Oma in Mainz darf mit ihrem Sparbuch nicht für die Spekulationsfehler spanischer Banken geradestehen.

Da kriege ich dann von interessierter Seite den Vorwurf des Populismus.

Aber: Wenn die Politiker dem Volk nicht mehr aufs Maul schauen, wendet sich das Volk irgendwann ab.

Deshalb rede ich Klartext.

Und die Klartext-Botschaft für heute lautet: Unternehmen sind gut. Ohne Wenn und Aber.

Nicht nur, weil sie Gutes tun, der Stadt Bestes suchen und auch wollen, um den Titel meines Vortrags aufzugreifen.

Nein, Unternehmen sind gut, weil sie Gewinne machen.

Weil Gewinne investiert werden.

Weil Investitionen Arbeitsplätze schaffen.

Weil Arbeitsplätze der Mega-Faktor für sozialen Frieden in einem Land ist.

Wir können gerade in Teilen Südeuropas beobachten, was es für den sozialen Frieden bedeutet, wenn zulange auf den Staat gesetzt wurde, wenn es nicht genügend Arbeitsmöglichkeiten außerhalb des öffentlichen Sektors gibt.

Gesellschaften mit wenigen Unternehmen neigen zum Erlahmen.

Gesellschaften mit gar keinen Unternehmen neigen zum Sterben.

Auch daran sei hier in Leipzig erinnert, wo ein Regime 40 Jahre lang versucht hat, unternehmerische Freiheit und unternehmerisches Denken durch Fünfjahrespläne zu ersetzen.

Übrigens ist unser bundesrepublikanisches System vor Tendenzen der Unfreiheit auch nicht gefeit.

Das „Handelsblatt“, dafür bin ich Herrn Dr. Inacker besonders dankbar, hat kürzlich über mehrere Seiten ausgeführt, wo die Politik oftmals aus gut gemeinten Gründen den Unternehmen Knüppel zwischen die Beine wirft.

Von den Unisextarifen bei den Versicherungen bis hin zur Überförderung mancher Erneuerbarer Energien: Die Soziale Marktwirtschaft erträgt den ein oder anderen rostigen Nagel.

Wir sollten nur gemeinsam aufpassen: Die Unternehmen müssen ihrer wichtigsten gesellschaftlichen Funktion noch nachkommen können: Erfinden, Investieren, Gewinne machen, Jobs schaffen.

Für mich ist glasklar: Unternehmen sind gut, weil es sie gibt.

Unternehmen sind Stützen der Freiheit.

Unternehmen sind Stützen des Wohlstands.

Der Unternehmer ist ein Freiheitskämpfer.

Im unternehmerischen Erfolg liegt seine wichtigste Verantwortung für die Gesellschaft.

Übrigens bin ich besonders erfreut, dass Ihr diesjähriger Preisträger von einem der großen Familienunternehmen kommt.

Jon Baumhauer gehört wie ich zur Generation Silberlocke mit Ipad.

Unsere Generation erlaubt sich einen Luxus: Wir denken in langen Linien und nicht in Quartalen.

Heute hat man manchmal den Eindruck: Alles, was zu lang für Twitter ist, kann nicht mehr vermittelt werden.

Das ist eine Geisteshaltung der Schnelllebigkeit, oftmals der Gedankenlosigkeit.

Wir müssen dem etwas entgegensetzen.

Ich nenne das immer eine mittelständische Geisteshaltung.

Mittelstand ist nämlich nicht irgendeine Betriebsgrößenordnung.

Mittelstand steht für ein Wertekonzept.

Manche in Deutschland träumen von ein paar gewerkschaftsdominierten Aktiengesellschaften plus Millionen kleiner subventionierter Ich-AGs.

Da ist der Staat dann immer irgendwie mit dabei.

Das ist nicht mein ökonomisches Weltbild.

Es ist auch nicht mein gesellschaftliches Weltbild.

Ich will eine starke Mitte.

Dazu gehören starke Familienunternehmen.

Da geht es um Werte und Anstand.

Da geht es um Innovation und Tradition.

Da geht es um Freiheit und Verantwortung.

Da fühle ich mich wohl.

Deshalb nochmals meine These [Keine Angst: Es folgen nicht noch weitere 94]:
Erfolgreiche Unternehmen sind für jede freie Gesellschaft ein Überlebensfaktor.

Der Staat muss die Unternehmen auch erfolgreich sein lassen.

Er darf den Unternehmen nicht an die Substanz gehen, sonst verschwinden irgendwann Wohlstand und Freiheit.

Das ist übrigens eine Kernfrage für ganz Europa.

Schauen Sie sich etwa die Situation in Frankreich an.

Dort hat man lange Zeit auf Konzepte der Steuererhöhung, auf Konzepte der Arbeitszeitverkürzung, auf Konzepte der frühen Verrentung gesetzt.

Der neue Präsident wollte dies noch toppen.

Er hat erst einmal die Sarkozy-Reformen zurückgedreht.

Er hat die Steuern erhöht, die Rentenreform gestoppt und den Wachstumseinbruch gleich mitverkündet.

Und heute ist die Malaise noch größer: Rekordarbeitslosigkeit, viele Schulden, wenig Wettbewerbsfähigkeit.

Jetzt gewinnt man den Eindruck: Die neue französische Administration hat schon ihren Mitterrand-Moment.

Francois Mitterrand hat zwei Jahre gebraucht, bis er die wirtschaftlichen Realitäten akzeptierte.

Bei seinem ersten sozialistischen Nachfolger geht es hoffentlich etwas schneller.

In Deutschland sollten wir uns solche Experimente ersparen.

Achtung; jetzt kommt der politische Werbeblock: Die bürgerliche Regierung aus CDU/CSU und FDP setzt nicht auf Steuererhöhungen.

Sie setzt auch nicht auf Frühverrentung.

Das sind falsche Rezepte.

Wir setzten auf Entlastung.

Deshalb senken wir den Beitragssatz der Gesetzlichen Rentenversicherung und schaffen die Praxisgebühr ab.

Wir setzten auf Konsolidierung.

Deshalb werden wir im Jahr 2014 das so genannte strukturelle Defizit ausgleichen.

Wir investieren in Bildung in Forschung.

12 Milliarden Euro zusätzlich haben wir in diesen Bereich eingesetzt.

Der Dreiklang aus Entlasten, Konsolidieren und Investieren hat mit dazu beigetragen, dass Deutschland besser dasteht als viele andere westliche Länder.

[So, jetzt ist der Werbeblock zuende.]

Meine Damen und Herren,

Ein Erfolgsfaktor in Deutschland ist seine breite Industriebasis.

Die Wahl dieses Wirtschaftsmodells sagt auch etwas über unternehmerische Verantwortung aus.

Die Industrie schafft Werte zum Anfassen.

Für diesen Ansatz wurden wir vor allem von den Angelsachsen kürzlich noch verlacht.

Sick man of Europe, der kranke Mann Europas, wurde vor einigen Jahren fast zum geflügelten Wort für die Lage Deutschlands.

So war der Blick von der Insel auf den Kontinent.

Heute ist die Einschätzung ganz anders.

Da wird getitelt: „Modell Deutschland über alles“

Deutschland kommt am erfolgreichsten aller westlichen Länder durch die Krise.

Vor einigen Jahren sagten uns die Angelsachsen: Ihr braucht weniger Maschinenbauingenieure und mehr Finanzmarktingenieure.

Ihr müsst Geld aus Geld machen.

Produktion macht China.

Dieses Modell ist seit der Lehman-Krise grandios gescheitert.

Deutsche Wertarbeit wird dagegen weltweit geschätzt.

Wir müssen die Werte, die wir schaffen, auch erhalten.

Damit komme ich zu einer zweiten These zur unternehmerischen Verantwortung für die Gesellschaft.

Wirtschaftliches Handeln hat eine gesellschaftliche Vorbildfunktion.

„Ein Christenmensch ist ein freier Herr über alle Dinge und niemand untertan. Ein Christenmensch ist ein dienstbarer Knecht aller Dinge und jedermann untertan“, so hat es Luther in seiner Schrift über die Freiheit eines Christenmenschen geschrieben.

Die Sätze sind berühmt.

Sie sind vielfältig interpretiert worden.

Für mich stehen sie für einen modernen Freiheitsbegriff.

Für mich stehen sie dafür, dass Freiheit und Verantwortung zusammen gehören.

Jedermann ist frei und selbstbestimmt in seinen Taten.

Jedermann muss aber die Konsequenzen bedenken.

Jedermann muss für seine Tun geradestehen.

Dieser Zusammenhang ist in Teilen des Wirtschaftslebens aus dem Blick geraten.

Da wurden etwa Banken groß aufgepumpt.

Die Gewinne mächtig, die Boni für die Investmentbanker prächtig, meist prächtiger als für den Vorstand.

Man ging voll ins Risiko.

Dann kam die Schieflage.

Dann kam das Wort Systemrelevanz, die Worte too big too fail.

Dann kam die Anfrage an den Staat nach Rettungsmilliarden.

Nach der Bankenrettung kamen die Konjunkturpakete, manches sinnvoll, manches Quatsch dabei.

Nach den Konjunkturpaketen kommt die Staatenrettung.

Wir werden hoffentlich nicht bald mit der Frage konfrontiert: Wer rettet eigentlich die Retter?

Nun würde man etwa von keinem Bankvorstand heute verlangen: Sei ein dienstbarer Knecht und allen Untertan.

Zumindest die alte Volkswirte-Weisheit, dass der Bankensektor eine dienende Funktion für die Realwirtschaft hat, wäre aber ein wichtiger Schritt.

Das brauche ich bei einer Veranstaltung mit Sparkassenbeteiligung eigentlich nicht betonen.

Die Sparkassen haben wie die Genossenschaftsbanken solide gewirtschaftet.

Sie wurden von manchen in der Branche fast milde belächelt, weil sie weiterhin das Brot- und-Butter-Geschäft gemacht haben.

Weil sie dem Mittelstand finanziert haben, wo andere lieber mit CDS, ABS und anderen Spekulationsinstrumenten mit schönen Abkürzungen jongliert haben.

Auch manche öffentlichen Banken haben das Spiel mitgespielt.

„Sell it to a Landesbank“ wurde bei manchen Spekulanten zur gängigen Redewendung, wenn sich überhaupt kein Abnehmer für ein Schrottimmobiliens-Papier mehr fand.

Ich sage in diesem Zusammenhang: Luthers Sermonen wider dem Zinswucher lassen schön grüßen.

Exzesse bei den Boni, Exzesse bei der Spekulation haben nicht nur großen wirtschaftlichen Schaden angerichtet.

Sie haben auch die Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft in Teilen der Bevölkerung in Frage gestellt.

Nur noch die Hälfte der Bundesbürger sieht die Soziale Marktwirtschaft positiv.

Das muss sich wieder ändern.

Hier sind alle in der Verantwortung: Politik, Wirtschaft und Banken.

Eine Marktwirtschaft braucht ein ethisches Fundament.

Marktteilnehmer müssen sich auf das Wort des anderen verlassen können.

Sonst degeneriert die Marktwirtschaft zu einem Kapitalismus der Betrüger.

Wenn nicht mehr der ehrbare Kaufmann, sondern der trickreiche Finanzjongleur den Ton angibt, dann geht das an die Substanz.

Der Staat kann sicherlich Regeln schaffen, die manche Auswüchse verhindern.

Wichtiger aber ist: Die Eliten müssen vorleben, dass sie den Staat und die Wirtschaft nicht als Beute betrachten.

Sie müssen vorleben, dass sie der Stadt Bestes suchen.

Als die Anfrage von Herrn Dr. Inacker kam, ob ich bei diesem Festakt sprechen wolle, habe ich übrigens nicht gefragt: „Und wie hoch ist das Honorar?“

Doch das nur am Rande.

Ich möchte mich auf einen anderen Punkt beschränken, wo von der Politik Charakter verlangt wird.

Die wichtigste Aufgabe der Politik wird der Erhalt der Geldwertstabilität sein.

„Um die bürgerliche Gesellschaft zu zerstören, muss man ihr Geldwesen verwüsten.“, so hat es Lenin demagogisch auf den Punkt gebracht.

Mich treibt der Schutz vor Inflation wirklich um.

Deshalb erlauben Sie mir diese kurze Abweichung vom Vortragsthema.

Sie werden keine Rede von mir hören, in der das Thema Inflationsschutz nicht vorkommt.

Dafür musste ich von Teilen der Medien und der Opposition den Vorwurf der Angstmache anhören.

Das nehme ich gelassen.

Denn die Kritik kommt von Leuten, die selbst in den 70er und 80er Jahren in Westdeutschland den Lehren Lenins sehr nahestanden.

Heute wollen sie Bundesfinanzminister werden.

Nach dem beliebten Motto: Links unten anfangen, rechts oben ankommen.

Ein Dosenpfand verträgt Deutschland vielleicht, eine Blechwährung wäre systemgefährdend.

Unsere bittere historische Erfahrung ist: Wenn das Geld schlecht wird, wird alles schlecht.

Geldwertstabilität ist stille Sozialpolitik.

Stabiles Geld schützt diejenigen, die am meisten von Altersarmut bedroht sind: Die Menschen mit dem kleinen Sparbuch, die Geringverdiener und die Rentnerinnen.

Inflation hingegen ist die größte soziale Ungerechtigkeit, die man sich vorstellen kann.

Hyperinflation ist sogar demokratiegefährdend.

Am Anfang und am Ende des finstersten Kapitels unserer Geschichte stand Geldentwertung.

Wir sollten das niemals vergessen und niemals wieder zulassen.

Wer Spekulation bekämpfen will, muss für Geldwertstabilität sorgen.

Stabiles Geld erlaubt präzises Rechnen.

Die Soziale Marktwirtschaft steuert über Preise,

Preise signalisieren Knappheiten, den Ausgleich von Angebot und Nachfrage.

Das sichert Investitionsbereitschaft.

Das verhindert, dass Spekulanten in der Nebelwand der Inflation den ehrbaren Bürgern in die Tasche greifen.

Eine dauerhafte Staatsfinanzierung durch die Notenpresse ist grundfalsch.

Das wäre der Weg in die Inflationsunion.

Ich teile die Bedenken des Bundesbankpräsidenten zur Entscheidung der EZB.

Der Ankauf von Staatsanleihen durch die EZB ist schon grenzwertig.

Ich sage all denjenigen, die auf die Kursfeuerwerke an den Börsen verweisen: Die Finanzmärkte haben einen Horizont von Stunden.

Eine stabile Währung braucht einen Horizont von Jahren oder Jahrzehnten.

Ich finde es schon verwunderlich, dass sich Teile der Europäischen Linken mit der Wallstreet verbündet haben und alle Geldschleusen öffnen wollen.

Die lockere Geldpolitik der amerikanischen Zentralbank hat in den letzten zwanzig Jahren zu immer größeren Spekulationsblasen beigetragen.

Der so genannte Greenspan-Put ist doch bis heute bei den Börsianern legendär.

Konkret heißt das: Im Boom wurden die Zinsen nicht ausreichend erhöht, in der Baisse wurde das Zentralbankgeld zu billig gemacht.

In der Lehman-Krise haben wir dann gesehen, wohin das führt.

Inflation kommt immer schleichend, aber irgendwann fängt sie an zu galoppieren.

Bei den Güterpreisen sehen wir noch keine schwerwiegenden inflationären Tendenzen.

Bei den Vermögenspreisen sieht das schon anders aus.

Ein Dax von über 7000 trotz Euro-Unsicherheit und die anziehenden Immobilienpreise kann man als Hinweise auf neue Blasenbildungen und damit neue Inflationsgefahren werten.

Das muss uns noch nicht alarmieren, sollte uns aber wachsam werden lassen.

Nur eine stabilitätsorientierte Geldpolitik kann Luft aus den Blasenbildungen rauslassen.

Für mich heißt das: Ein bisschen mehr Weidmann, ein bisschen weniger Draghi.

Hier sehe ich die Politik in der Verantwortung.

Aber heute soll es um unternehmerische Verantwortung für die Gesellschaft gehen.

Wir haben alle noch in Erinnerung: Bill Gates und Warren Buffet, zwei der reichsten Männer der Welt, sind vor einigen Jahren im wahrsten Sinne des Wortes stiften gegangen.

Sie setzen große Teile ihres Vermögens für gemeinnützige Zwecke ein.

Auch in Deutschland gibt es große Unternehmensstiftungen.

Dort wird Bildung und Wissenschaft, Sport und Kultur gefördert.

Die Sparkassen engagieren sich aus Tradition und [gesetzlicher] Verpflichtung ebenfalls stark.

Es gibt auch die vielen kleinen und mittleren Unternehmen, die dem örtlichen Fußballverein neue Trikots sponsern oder das Heimatmuseum mitfinanzieren.

Das Engagement ist so bunt und vielfältig wie unsere Gesellschaft.

In Deutschland ist besonders die Kulturförderung im engeren Sinne auf den ersten Blick eine staatliche Veranstaltung.

Bund, Länder und Kommunen geben Jahr für Jahr 8 Milliarden Euro aus.

Das gilt aber nur auf den ersten Blick.

Sie hatten heute Nachmittag unter anderem Graf Strachwitz zu Gast.

Er weist schon seit Jahren darauf hin: Der Bürger als Mäzen, als Spender und Stifter ist für die Kulturförderung allein von den aufgebrachtten Mitteln genauso wichtig.

Dazukommt: Den Wert von persönlichem Engagement ist nicht ausschließlich in Geldeinheiten messbar.

Es stützt die Gemeinschaft, bereichert das Zusammenleben.

Es schenkt dem Engagierten Freude und dem Empfänger Anerkennung.

Das Kulturrengagement ist oftmals ein Spiegel des gesamten Unternehmens.

Man spricht nicht von ungefähr von Unternehmenskultur.

Der Kulturkreis des BDI hat vor zwei Jahren eine Umfrage zu den Kulturaktivitäten von Unternehmen gemacht.

Dabei hat der BDI auch nach den Motiven für das kulturelle Engagement gefragt.

Auf Platz drei kam die Motivation der eigenen Mitarbeiter.

Ich denke dabei etwa an zwei große Drogerieketten aus Süddeutschland.

Die eine Drogeriekette bietet ihren Azubis Theaterkurse an.

Hier steht die Persönlichkeitsförderung im Mittelpunkt.

Die Läden sind hell und freundlich.

Die andere Drogeriekette fand man eher in 1-B-Lagen.

Die Verkäuferinnen waren in machen Filialen alleine, so dass sie bevorzugte Opfer von Raubüberfällen wurden.

Hier wurde Personal offensichtlich als reiner Kostenfaktor gesehen.

Das eine Unternehmen, die DM-Märkte, steht wirtschaftlich glänzend da.

Das andere Unternehmen, Schlecker, ging letztes Jahr Pleite.

Kulturförderung hat für Unternehmen offensichtlich einen greifbaren Mehrwert.

Die Kultur stärkt die Unternehmenskultur.

Es motiviert nicht nur die Mitarbeiter.

Es weitet auch den Horizont der Entscheidungsträger, macht sensibel für Veränderungen.

Ein kühler Rechner hätte die Kundenwünsche nach hellen und geräumigen Läden mit dem Kostenargument verhindert.

Er hätte auch das Bedürfnis der Mitarbeiter nach einem sicheren und angenehmen Arbeitsumfeld ignoriert.

Ein innovativer Kopf hat die Chance gesehen und umgesetzt.

Arbeitnehmer und Kunden fühlen sich wohl.

Alle sind ein Stück zufriedener.

Auf Platz zwei der BDI-Umfrage landete die Imagepflege als Motivation für Kulturförderung.

Sponsoring gehört heute bei vielen Unternehmen zur Kommunikationsstrategie.

Das Gewandhausorchester hier in Leipzig wird unter anderem von der Sparkasse, von Porsche und DHL unterstützt.

Ein Unternehmen fördert Kultur, damit es öffentlich wahrgenommen wird.

Das positive Image des Orchesters soll auf die eigene Marke abstrahlen.

Der Weltruhm, die Präzision und Virtuosität wird gern mit den eigenen Produkten und Dienstleistungen in Verbindung gebracht.

Das ist ein legitimes Anliegen.

Man sieht an dem Beispiel auch: Oftmals ist der lokale Bezug wichtig.

Porsche und DHL haben große Niederlassungen in Leipzig.

Es wird sich für die Stadt engagiert, in der man lebt und arbeitet.

Auch das ist sinnvoll.

Zunächst einmal können davon alle Bürger profitieren.

Das Kulturangebot ist reichhaltiger.

Außerdem werden die Unterstützen in die Lage versetzt, ihre hohen Qualitätsansprüche zu halten.

Aber Kulturförderung ist auch Standortpolitik.

Es ist im ureigenen Interesse der Unternehmen, dass Standorte attraktiv sind.

Es macht etwa das Anwerben von Mitarbeitern einfacher, wenn man auf das spannende Kulturangebot verweisen kann.

Nun habe ich viel über die wirtschaftlichen Vorteile der Kulturförderung gesprochen.

Das Erfreuliche aber ist: Platz 1, die Pole Position der Umfrage des BDI erreicht das Motiv „Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung“.

92% der befragten Unternehmen gaben dies als Antrieb für ihr Engagement an.

Das ist überwältigend.

Das ist sehr ermutigend.

Im Kern geht es den meisten darum, etwas Gutes für die Gemeinschaft zu tun.

Kultur ist in Deutschland nicht nur Ornament, nicht lediglich Verzierung.

Kultur ist Fundament.

Wir sind nicht nur ein Volk der Tüftler und Ingenieure.

Wir sind auch ein Volk der Dichter und Denker, der Maler und Komponisten.

Ich meine sogar, beide bedingen sich.

Beim Wort Ingenieurkunst schwingt das kreative, kulturelle Element mit.

Eine Gesellschaft, die ihre Kultur pflegt, ist eine wettbewerbsfähige Gesellschaft.

Es ist eben ein Wert an sich, wenn es in einer Stadt Museen, Theater und Orchester gibt.

Sie gehören zum einem lebendigen, anregenden Leben.

Der Mensch ist ein gemeinschaftsbildendes Wesen.

Diesen Gemeinschaftssinn kann man im kulturellen Miteinander, im kulturellen Austausch gut ausleben.

Es gibt die schöne Forderung: Wir brauchen mehr Unternehmer und weniger Unterlasser.

Das bezieht sich normalerweise auf Existenzgründungen.

Für die Kulturförderung gilt das aber auch.

Dabei sind die Motive erst einmal zweitrangig.

Wichtig ist: Es wird was unternommen.

Eine selbstbewusste Bürgergesellschaft braucht den Citoyen.

Unser Weltbild sollte nicht der sozial abhängige Untertan, sondern der freie, selbstbestimmte und engagierte Bürger sein.

Das rufe ich in einen Saal, in dem engagierte Bürger sitzen.

Sie sind Vorbilder.

Sie suchen der Stadt Bestes.

Vielleicht schafft es in den nächsten zwölf Monaten jeder von Ihnen aus einem Unterlasser einen Unternehmer für bürgerschaftliches Engagement zu machen.

Dann werden wir immer mehr.

Meine Damen und Herren,

wir leben in der so genannten Luther-Dekade.

Bis 2017 ist sozusagen jedes Jahr ein besonderes Lutherjahr.

Man könnte sagen: Wir Protestanten machen es mal wieder kompliziert.

Statt einmal groß und prächtig den Anschlag der 95 Thesen zu feiern, grübeln wir jahrelang erdschwer und selbstkritisch.

Aber das passt irgendwie zu uns.

Zumal man auch sagen kann: Die Langstrecke von 10 Jahren wird der Bedeutung des wuchtigen Mannes aus Eisleben besser gerecht.

Luther hat vieles bewegt.

Eines ist ihm aber nur bedingt gelungen.

Luther hat versucht, uns Pfälzern das Hochdeutsch bei zu bringen.

Das Experiment dauert jetzt schon 500 Jahre.

Und es ist von einigen Ausreißern abgesehen, immer noch auf einem sehr guten Weg.

Ich denke in den nächsten fünfhundert Jahren wird der entscheidende Durchbruch gelingen.

Als Politiker muss ich für Luthers Sprachgewalt und für seine Übersetzungskunst besonders dankbar sein.

Er hat unsere Sprache unglaublich bereichert, hat Redewendungen popularisiert.

Ohne Luther könnte ich heute der Opposition nicht vorwerfen: Ihr seid mit Blindheit geschlagen.

Und Lästermäuler kämen in der Politik nicht vor, was vielleicht positiv wäre.

Auch den Begriff Machtwort gäbe es nicht.

Das wäre jetzt für die Bundeskanzlerin weniger tragisch, aber ihr Vorgänger wäre ziemlich aufgeschmissen gewesen.

Ohne Lästermäuler, politisch Blinde und Machworte wäre die Politik jedenfalls weniger spannend, weniger lebendig.

Und Herr Dr. Inacker hätte nichts zu schreiben, was ich persönlich sehr schade fände.

Schließen möchte ich mit einem Zitat, das Luther zugeschrieben wird: „Ihr könnt predigen, über was ihr wollt, aber predigt niemals über vierzig Minuten.“

Daran halte ich mich immer.

Vielen Dank.